

# **BGer 8C\_571/2024 vom 4. Oktober 2024**

Bundesgericht, 2024-10-04, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger\\_8C\\_571\\_2024](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger_8C_571_2024)

FR: TF 8C\_571/2024 du 4 octobre 2024

IT: TF 8C\_571/2024 del 4 ottobre 2024

## **Erwägungen**

### **E. 1**

Nach Art. 95 BGG kann mit der Beschwerde nebst anderem die Verletzung von Bundesrecht gerügt werden (lit. a), die Feststellung des Sachverhalts demgegenüber nur, wenn sie offensichtlich unrichtig ist oder auf einer Rechtsverletzung im Sinne von Art. 95 BGG beruht und wenn die Behebung des Mangels für den Ausgang des Verfahrens entscheidend sein kann ( Art. 97 Abs. 1 BGG ). Gemäss Art. 42 Abs. 1 und 2 BGG hat die Beschwerde unter anderem die Begehren und deren Begründung zu enthalten, wobei in gedrängter Form darzulegen ist, inwiefern der angefochtene Akt Recht verletzt. Dabei ist konkret auf die für das Ergebnis des angefochtenen Urteils massgeblichen Erwägungen einzugehen und im Einzelnen zu zeigen, welche Vorschriften von der Vorinstanz weshalb verletzt worden sind ( BGE 134 V 53 E. 3.3 und 133 IV 286 E. 1.4). Die blosser Wiedergabe der eigenen Sichtweise oder einfach zu behaupten, der angefochtene Gerichtsentscheid sei falsch, genügt nicht (vgl. zur unzulässigen appellatorischen Kritik: BGE 148 IV 205 E. 2.6; 144 V 50 E. 4.2; 137 V 57 E. 1.3 und 136 I 65 E. 1.3.1).

### **E. 2**

Die Vorinstanz bestätigte den Einspracheentscheid der Beschwerdegegnerin vom 8. November 2023, wonach der Erlass der zurückgeforderten Ergänzungsleistungen in der Höhe von Fr. 17'326.- nicht in Frage komme. Dabei verneinte sie das Vorliegen der grossen Härte und stellte fest, dass damit die zweite Erlassvoraussetzung des guten Glaubens (vgl. Art. 25 Abs. 1 Satz 2 ATSG ; SR 830.1) nicht näher zu prüfen sei. Dies geschah im Wesentlichen mit der Begründung, durch die rückwirkend zur Auszahlung gelangende Invalidenrente ab dem 1. Mai 2020 hätten dem Beschwerdeführer im Zeitpunkt des Entscheids über die Rückerstattung, genügend Mittel zur Verfügung gestanden, um die entsprechende Rückforderung zu begleichen. Diese umfasse jene Gelder, welche aus der Neuberechnung des Ergänzungsleistungsanspruchs ab 1. Mai 2020 als zu viel ausgerichtet resultierten.

### **E. 3**

Der Beschwerdeführer zeigt nicht auf, inwieweit die von der Vorinstanz getroffenen Sachverhaltsfeststellungen offensichtlich unrichtig (vgl. Art. 97 Abs. 1 BGG ) - mithin willkürlich ( BGE 146 IV 88 E. 1.3.1 f.; 140 III 115 E. 2; je mit Hinweisen) - oder sonstwie bundesrechtswidrig sein sollen. Ebenso wenig tut er dar, weshalb die darauf beruhenden Erwägungen gegen Bundesrecht verstossen oder einen anderen Beschwerdegrund (vgl. Art. 95 lit. a-e BGG ) gesetzt haben könnten. Allein auf den aktuellen Kontostand und die schwierigen Lebensumstände zu verweisen, reicht nicht aus. Soweit der Beschwerdeführer geltend macht, stets im guten Glauben gehandelt zu haben, wird dadurch der Begründungsmangel bezüglich des streitentscheidenden Punktes (fehlende grosse Härte)

nicht behoben.

**E. 4**

L liegt offensichtlich keine hinreichend sachbezogen begründete Beschwerde vor, so führt dies zu einem Nichteintreten im vereinfachten Verfahren nach Art. 108 Abs. 1 lit. b BGG .

**E. 5**

In Anwendung von Art. 66 Abs. 1 Satz 2 BGG wird ausnahmsweise auf die Erhebung von Gerichtskosten verzichtet.

Damit wird das mit Beschwerdeerhebung sinngemäss gestellte Gesuch um unentgeltliche Prozessführung gegenstandslos.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.